

## Feuilleton

### Shakespeares Antonius und Kleopatra.

Eine Alltagstragödie von Renate Brandt.

Die starke ägyptische Tessel muß ich brechen, sonst geh' ich in Lieb' unter.

Antonius. 1. Aufzug. 1. Szene.

Es ist in den Worten des Antonius, die ich diesen Zeilen voraussetze, der Kern des Konfliktes angedeutet, der den wesentlichen Inhalt dieses Shakespearschen Schauspiels bildet. Sie zeigen, daß Antonius erkennt: es gilt für ihn sich zu entscheiden, ob er seine Liebe, oder die Erfüllung seiner politischen Aufgaben zur Hauptache seines Lebens machen will.

Ein unlöslicher Widerspruch liegt zwischen seinem Verhältnis zu Kleopatra einerseits, seinen Aufgaben als Feldherr und Politiker andererseits: beide verlangen den ganzen Menschen. Dieser Widerspruch richtet ihn schließlich zu Grunde. Antonius will sich zwischen beiden Teilen entscheiden, er schwankt in entscheidender Stunde, will eines tun, das andere nicht lassen und geht so unter.

Wenn man den historischen Hintergrund abseht, den Shakespeare diesen Vorgängen gibt, wenn man vergißt, in welchem hohen Range beide Helden dieses Schauspiels stehen; wenn man den Konflikt nur in seinen wesentlichen Zügen betrachtet, so wird man erkennen, daß er, in kleineren Massen, unter engerem Horizont, sich viel tausendmal aus dem Alltagsleben ergibt.

Antonius ist in Alexandria, in Kleopatras Palast. Ein Bote tritt auf. Aber Antonius Sinne und Geist sind erfüllt von der Geliebten, sie begrenzen seinen Horizont auf sie und das, was sie persönlich angeht; sie stumpfen sein Interesse für die Vorgänge der Welt ab. Der Bote ist ihm lästig. „Mach's kurz“, gebietet er. Doch Kleopatra fordert, er möge ihn hören. Denn so höhnte sie, vielleicht rufen Fulvia, vielleicht Cäsar dich zurück. Und du mußt ihrem Zorn folgen. So reizt sie Antonius Stolz, um von vornherein zu verhindern, daß er einem ehrgeizigen Ruf in die Heimat folgt. Und sie rechnet richtig. Einzig der Wille, sie, ihre Liebe sich zu erhalten, beherrscht Antonius in diesem Augenblick. Und alles andere sinkt vor diesem Willen in Vergessenheit und Staub. „Schmilz in die Tiber, Rom! Der weite Bogen des festen Reichs, zerbrich! Hier ist die Welt, Throne sind Staub —“

Antonius geht mit Kleopatra fort und läßt den Boten ungehört zurück.

Eine andere Szene. Wieder Antonius mit einem Boten, doch dies mal fehlt Kleopatra. Der Bote berichtet über die Vorgänge in Italien: Fulvia bekriegt Antonius' Bruder Lucius. Beide einen sich gegen Octavianus Cäsar und werden von ihm besiegt. Und schlimmer noch: Labienus hat Arien erobert, Syrien, Lydien und Ionien gehören ihm. Antonius steht bei dieser Botschaft klar seine eigene Schuld vor Augen. Er weiß: seine Anwesenheit in Italien hätte dies alles verhindern können.

Ein zweiter Bote meldet ihm den Tod der Fulvia. Und ihr Tod, den er vielleicht so manches Mal in Stunden der Freude und Lust bei Kleopatra erwünschte, ist ihm nun schmerzlich. So bestärkt ihm auch diese Nachricht in der Erkenntnis der Notwendigkeit, sich von der ägyptischen Königin zu lösen, in dieser Stunde sieht er alles Unheil vor sich, das ihm sein Müßiggang in ihrem Freuden-

haus bringen kann und muß. In dieser Stunde reißt in ihm der Entschluß, Ägypten zu verlassen. Antonius kehrt nach Rom zurück.

Doch ehe er sich wirklich auf dem Heimweg begibt, muß er Kleopatra seinen Entschluß mitteilen, muß er von ihr Abschied nehmen. Sie, die schnell aus seiner Miene seine Pläne liest, sucht ihn zu halten, indem sie sein Gehen zur Flucht stempelt, zur Untreue, zum Verrat an ihr. Antonius schildert ihr die Situation in Italien, stellt ihr vor, wie dringend sie seine Anwesenheit in der Heimat erheischt und meldet ihr schließlich Fulvias Tod. Kleopatra, scheinbar sich von ihm abwendend, bietet alles auf, um seine Besorgnis, seine Bärtlichkeit zu erwecken, so ihm das Gehen zu erschweren, es ihm unmöglich zu machen. Erst als sie sieht, daß er fest bleibt, wünscht sie ihm Sieg und Gelingen.

So geht Antonius, aber sein Gehen bedeutet kein entgeltliches Loslösen von der Geliebten, keine entgeltliche Befreiung von ihr. (Fortsetzung folgt.)

### Arbeitsgesetze in England im 14. Jahrhundert.

Von Renate Brandt.

Die Arbeitsgesetze, die in der Zeit von 1349 und in den folgenden Jahren in England erlassen wurden, sind für die Geschichte der Arbeiterbewegung von hohem Interesse. In dieser Zeit suchten die freien Landarbeiter sich den Umständen, daß durch die von der Pest hervorgerufene Entvölkerung großer Mangel an Arbeitskräften herrschte, zu Hilfe zu machen, um ihre eigenen Lebensbedingungen zu steigern. Sofort antwortete die Regierung auf diese Veruche mit Gesetzen, die diesen Widerstand brechen sollten. Die Verwertung der Freiheit in der Benutzung des günstigen Augenblicks wird den Arbeitern geradezu verboten; solche Verwertungen waren auch damals schon das Privilegium der Herrschenden.

Das Gesetz bestimmt, daß die Löhne wohl höher als vor der Pest sein durften — aber die Lebensmittelpreise waren durch die wirtschaftlichen Folgen der Seuche gestiegen. Es bestimmt, daß die Arbeiter jeden ihnen angebotenen Dienst annehmen müssen — es vergift auch, das die freien Arbeiter das Recht der Freizügigkeit haben und festsetzt sie für die Zeit der Ernte an ihre Wohnsitze. Die Zuwiderhandelnden werden mit Gefängnis bestraft. Kleine Handwerker, Lehrlinge und Knechte dürfen, soweit sie in ihrem Gewerbe entbehrlieh sind, während des Sommers zwangsweise zur Landarbeit überwiesen werden. Alle, die bis zu ihrem 12. Lebensjahre in der Landwirtschaft tätig waren, müssen Zeit ihres Lebens Landarbeiter bleiben. Händler, Leute mit kleinem Grundbesitz und Diener bei den Behörden dürfen, wenn sie bei diesen als überflüssig erscheinen, zwangsweise nach Bedürfnis anderswo angestellt werden.

Alle diese Gesetze bedeuten die mit allen Mitteln arbeitende zwangsweise Zuführung in die Landwirtschaft, die rücksichtslose Auslieferung der arbeitenden Klassen an die schrankenlose Willkür der Grundbesitzer.

England war in jenen Zeiten ein Agrarland, es beruhte in seiner ganzen wirtschaftlichen Existenz auf der Landwirtschaft. So war nichts natürlicher, als daß die Masse der arbeitenden Bevölkerung damals zur Arbeit um jeden Preis für die großen Grundherren herangezogen wurde. Das England des 14. Jahrhunderts kannte ja noch keine imperialistische Bourgeoisie, deren Ausbeutungslust und deren Habgier die Regierung die englischen Arbeiter hätte ausliefern können.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen

# Arbeiterpolitik

3. Jahrg.

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

Nr. 8

Erscheint wöchentlich einmal.  
Redaktion u. Expedition:  
:: Numunderstraße Nr. 23. ::

Bremen, den 23. Februar 1918

Einzel-Nummer 20 Pfg. Durch  
die Post bez.: monatlich 84 Pfg.,  
vierteljährlich 2.50 M. o. Bestellgeld

#### Inhalt:

Der Parlamentarismus in Rußland . . . . .	Seite 47
Gegensätze. Von St. Woreg. (Schluß folgt) . . . . .	„ 49
Die Haltung des Bürgertums gegenüber den Arbeitern und Bauern in der französischen Revolution. Von Renate Brandt . . . . .	„ 50
Aus unterm politischen Tagebuch . . . . .	„ 52
Feuilleton: Shakespeares Antonius und Kleopatra. Eine Alltags- tragödie. Von Renate Brandt. (Fortsetzung folgt) . . . . .	„ 52

### Der Parlamentarismus in Rußland.

Wir haben Sympathie für die Bolschewiks, erklärte neulich der Berliner „Vorwärts“, aber nicht für ihre Methoden. Die Sympathie des „Vorwärts“ würden die Bolschewiks erwidern, kann uns gestohlen werden. Und wie steht es mit der unabhängigen Presse? In der „Leipziger Volkszeitung“ wechselten Angriffe auf die Bolschewiks mit Verteidigungen ihres guten Rechtes. Woher kommt es, daß diese verschiedenen aktiven Revolutionäre so wenig uneingeschränkte Anerkennung bei den westlichen Sozialdemokraten finden, woher diese Schulmeistererei? Die deutsche Sozialdemokratie war immer so gelehrt, so allwissend, sie stand so sehr auf dem Gipfel marxistischer Wissenschaft — d. h. wie sie sich den Marxismus für ihre Zwecke zurechtlegte — sie fühlte sich so erhaben über die unwissende, rückständige Arbeiterbewegung aller Länder, daß jetzt sogar ihre besten Männer — geschweige die kleinen Größen, die tagtäglich ihre Zeitungen füllen — kaum ahnen, daß sie auf der großen Weltbühne jetzt eine bescheidene Rolle zu erfüllen haben.

Eine gewaltige Bewegung hat sich wie ein lodernes Feuer erhoben im Osten Europas, und in ihrer naturwüchsigen Praxis, aus dem tiefsten Wesen sich erhebender Arbeitsvölker aufquellend, werden altüberlieferte Traditionen und Denkgewohnheiten zu Asche verzehrt. Die neue Praxis haben wir zu verstehen, in ihrem Wesen, ihrer Bedeutung, ihren Konsequenzen, aber die Angst — und Biedermeier der deutschen Sozialdemokratie glauben umgekehrt aus ihren vergilbten papiernen Theorien an dieser Praxis herumzörgeln zu können.

In keinem Punkte ist es einem in der deutschen Sozialdemokratie ausgewachsenen Arbeiter so schwer, die russische Praxis zu verstehen und zu würdigen, als in dem des Parlamentarismus. Denn die deutschen Arbeiter sind vierzig Jahre lang erzogen in dem Parlamentarismus als Grundlage alles Arbeiterkampfes. Ehrfurcht vor dem Parlament war das Kennwort seiner freiheitlichen Gesinnung, seiner Auflehnung gegen Junkerherrschaft und

Bureaokratenwillkür. Nur sollte das Parlament demokratisch sein, von allen Volksgenossen mit gleichem Wahlrecht gewählt. In ihren eigenen Institutionen ahmten sie diesen Parlamentarismus nach; die oberste Behörde in ihrer selbstgeschaffenen Parteiorganisation war der Parteitag, ein demokratisches Parlament, das allmählich auch die schlechten Charaktere der Parlamente stets deutlicher zeigte. Allerdings traten in den letzten Jahren schon einige Unstimmigkeiten auf und ein einziger wagte schon den Gedanken zu fassen, daß das Partei- oder Gewerkschaftsparlament ebenso wenig den Willen der Massen verkörpern könnte, wie die regierenden Parlamente in Westeuropa. Aber in den maßgebenden Massen der Arbeiter blieb die Ehrfurcht vor dem demokratischen Parlamentarismus als Grundlage jeder freiheitlichen Ordnung bestehen.

In der russischen Revolution traten die Massen selbst in Aktion und stürzten den Zarismus. Eine neue Regierung trat auf, und wurde seitdem von anderen Regierungen abgelöst. Mit welchem Rechte? Worauf stützte sich ihre Herrschaft? Der Form nach war ihre Herrschaft usurpation, einfache Anmaßung der Macht. Kein Parlament hatte sie eingesetzt, sie hatten sich selbst eingesetzt. Und trotzdem darf man sagen, daß sie durchaus nicht weniger den Volkswillen verkörperten als eine durch Parlamentsmehrheit gestützte Regierung. Sie waren gleichsam von selbst — durch ihre bisherige Stellung, ihren Kampf gegen den Zarismus, ihr Führertum in den Oppositionsbewegungen — angewiesen als die neue Regierung; sie nahmen ihren Platz ein unter schweigender oder ausgesprochener Zustimmung des Volkes. Wären sie nicht die Vertrauenspersonen der Klassen, die die Revolution machten, gewesen, sie hätten nicht an die Spitze treten können. Wir lassen dahingestellt, ob das Vertrauen in jeder Hinsicht gerechtfertigt war; beruhte es auf Illusion, so mußte es nachher verschwinden und kam die Korrektur von selbst. Denn, das ist das Wesen einer revolutionären Regierung: sie kann sich nur solange halten, als sie das Vertrauen der Massen besitzt, denn sie hat keine altgefestigten Machtmittel sich gegen den Willen der Massen zu halten.

Solche Regierungen, als seit März 1917 einander in Rußland ablösten, sind also im Grunde garnicht weniger demokratisch als parlamentarische Regierungen. Oder eigentlich sind sie in viel höherem Maße demokratisch: denn eine Parlamentsregierung kann längst nicht mehr der Volksstimmung entsprechen und sich dennoch halten, da diese Volksstimmung dem Ende der Sitzungs-

periode abwarten muß, bevor sie sich äußern kann. Dagegen wird eine revolutionäre Regierung oft nach kurzer Zeit einer neuen weichen müssen; in dieser Unbeständigkeit spricht sich aus, wie eng sie im fortwährenden Kontakt mit dem Volksempfinden steht. Sehen die Massen ein, daß die an der Spitze stehenden Männer einen anderen Weg gehen, als sie wollen, dann wird sie sie stürzen.

Allerdings geht das Stürzen nicht immer gleich leicht; neue Anstrengungen, Kämpfe und Ausstände sind oft nötig; die verschiedenen französischen Revolutionen, wie die letzte russische bieten die Beispiele in Ueberfluß. Dabei kommt nun als wichtiger Faktor in Betracht, daß die Volksmassen sich eine Organisation schufen, also nicht nach dem ersten Anprall wieder in Atome zerfielen. In Frankreich 1789 waren es die bewaffneten Nationalgarden und die Klubs, in Rußland 1917 waren es die Sowjets, die als das selbstgewählte Parlament der arbeitenden Massen auftraten. Und durch diese Organisationen waren die Massen zu jeder Zeit fähig eine Revolutionsregierung wieder zu besetzen.

Also doch wieder ein Parlament? Freilich, aber ein ganz anders geartetes, als dem bürgerlichen Parlamentarismus entspricht. Denn hier offenbart sich nun der tiefe Unterschied im politischen System des Proletariats und des Bürgertums. Für den bürgerlich-demokratischen Parlamentarismus sind alle Menschen gleichartige Atome, Bürger, deren Sowiellmionenzahl den ganzen Staat bildet, sie werden nur aus wahltechnischen Gründen in Wahlkreisen zusammengefaßt, aber gelten nur als gleichartige Individuen. Die proletarische Demokratie dagegen geht von der Arbeitsfunktion aus; die Gesellschaft ist eine Arbeitsgemeinschaft, daher Gilden, die durch die Arbeit bestimmten Einheiten die natürliche Grundlage der im Klassenkampf oder Verwaltung auftretenden Volksvertretung. Wer außerhalb dieser Arbeitsordnung fällt — der Müßiggänger, der Rentier — tut nicht mit, dagegen können die „liberalen Berufe“, die Ärzte, die Lehrer usw. als Fachvereine sich anschließen, wie sie es Oktober 1905 auch machten. Auf dieser Grundlage sind die Sowjets aufgebaut, aus Vertretern der Arbeiter (nach Fabriken), der Bauern (nach Dörfern oder Distrikten) und der Soldaten (nach Regimentern) gebildet. Und diese Sowjets bleiben fortwährend im engsten Zusammenhang mit den sie wählenden Massen. Während für den bürgerlichen Parlamentarismus der gewählte Delegierte auf eine gewisse Zeit seines Amtes sicher ist, — das sozialdemokratische Parteiprogramm enthält als „Gipfel der Demokratie“ die einjährige Legislaturperiode — kann jedes Mitglied des Sowjets jeden Augenblick von seinen Wählern zurückgerufen und von einem andern ersetzt werden.

Als die Sowjets am 7. November die Macht in die Hände nahmen und das Programm der Bolschewiks annahmen, rechneten die Bourgeoisie und die ihr ergebenen Sozialpatrioten auf die konstituierende Versammlung. Sie hatten insoweit Anlaß dazu, als ein bedeutender Teil der Abgeordneten schon gewählt war, und natürlich den Umschwung der Massen nicht mitmachte. Sogar in den Sowjets war das beweisbar; ein „Zentralvorstand“ war einige Monate vorher von dem altrussischen Kongreß der Sowjets gewählt worden, alles Menschewiks und Kerenski-leute, die jetzt als die „wahren Volksvertreter“ gegen die

neue Sowjetregierung konspirierten, sich mit einer Würde brüstend, der nichts wesentliches mehr entsprach. Ein typisches Beispiel dafür, wie der Vertreter sich über die Wähler stellt und statt deren Willen auszuführen, sich zum entgegengesetzten Handeln berechtigt glaubt, weil er früher einmal gewählt worden ist. Da revolutionäre Zeiten gerade Zeiten der raschesten Selbstentwicklung der Massen sind, paßt dafür kein Vertretungssystem, das gewesenen, überwundenen Anschauungen die Herrschaft sichert über die neuen, lebendigen, in schwerem Kampf und Leiden erworbenen Ansichten. Umso verständlicher, daß die Bourgeoisie und die Gegner des Proletariats sich an die Heiligkeit des bürgerlichen Parlamentarismus klammerten, als Herrschaft des „Rechts“ über die „Gewalt“.

In der Tat wurde in mehreren Fällen ein schon gewähltes Mitglied der Konstituante von seinen Wählern beanstandet, die erklärten, ihm jetzt nicht mehr ihr Vertrauen zu geben. Daß die Konstituante, als sie endlich im Januar eröffnet wurde, eine Mehrheit von Gegnern der Bolschewiks ergab, liegt namentlich auch an diesem Umstand, daß in der Bauernpartei der Sozialrevolutionäre, die die große Mehrheit bildete, erst seit den Wahlen eine scharfe Trennung zwischen Linke und Rechte, für und wider die Sowjetregierung, aufgetreten war; auf einem Kongreß dieser Partei, im Dezember, siegte die Linke unter Marie Spiridonowa gegen die Rechte unter Tschernow, aber da die Linke bei den Wahlen nirgends eigene Kandidaten gegen die Rechte aufgestellt hatte, hatte unter den für die Konstituante gewählten Abgeordneten die Rechte die Mehrheit. Dies entsprach also in der Tat nicht dem wirklichen neuen Standpunkt der Massen.

Die Auflösung der Konstituante, die unter den parlamentarischen Sozialdemokraten Westeuropas sogleich Kritik gefunden hat als eine Verletzung der Demokratie, war also nicht nur notwendig, sondern gerade eine Sicherung der wirklichen Demokratie. Die Gegner der Sowjetregierung, die doch zweifellos dem Willen der arbeitenden Massen entspricht, wollten die Konstituante zu einer Waffe gegen diese Regierung machen. Ihr angebliches „Rechts“prinzip war: die Volksvertreter stehen über dem Volk: sie sind die Führer, deren höherer Einsicht sich die Massen zu fügen haben. Was aber in Rußland jetzt als wirkliche Demokratie siegt, ist die Selbstbestimmung der Massen. Damit ist alles Geschrei der westeuropäischen Bourgeoisie über die „Gewaltherrschaft“ der Bolschewiks zugleich erledigt.

Damit verkennen wir nicht, daß hier für die Zukunft noch große Probleme und praktische Gefahren liegen. Gefahren, die aus dem Klassenkampf entspringen, der hier ein Kampf aufs Messer ist zwischen Kapital und Arbeit. Werden die Bauern, wenn sie sich einmal im sicheren Besitze des Landes fühlen und für den Markt produzieren wollen, nicht nach der Seite der bürgerlichen Klassen abschwenken? Die Entwicklung der Ereignisse

\* So schrieb eine Parteikorrespondenz: „Die Bolschewiks haben mit dem Gewaltstreik gegen die ordnungsgemäß gewählte Vertretung des russischen Volkes dem Parlamentarismus und dem Sozialismus einen schlechten Dienst geleistet. Sie haben den Reaktionen und Gegnern des demokratischen Parlamentarismus in allen Ländern eine Waffe in die Hand gegeben, die von diesen sicher nicht unbenutzt gelassen wird.“

in Westeuropa wird die Antwort in hohem Maße bestimmen.

## Gegensätze.

Von St. Worek.

3.

Es ist eine höchst bemerkenswerte Erscheinung: die Sozialdemokratie, die ehemals den schärfsten Gegensatz zum Bürgertum, zum Staat und zum Kapitalismus verkörperte, verschmolz sich im Burgfrieden mit ihrem ehemaligen Klassengegner. Seitdem ist der Burgfrieden zwar gebrochen worden, nicht von den sozialistischen Arbeitern, sondern von dem fanatischsten Hütern der bürgerlichen Ordnung, den Konservativen. Schon sehr früh schlug die „Deutsche Tageszeitung“ gegen andere bürgerliche Parteien und ihre Presseorgane, selbst gegen die Regierung in einer Weise aus, daß sie sich wiederholte Verbote zuzog. Und so sind in Deutschland, dessen Sozialdemokratie im Ruhe oder auch Verzuge eines fanatischen revolutionären Doktrinarismus stand, die ersten Gegensätze von größerem Umfange nicht zwischen Bourgeoisie und Proletariat, sondern innerhalb der Bourgeoisie aufgebrochen. Zwar ruhte der historisch ausschlaggebende Gegensatz zwischen den beiden Klassenpolen nicht ganz. Er trat in den „Lichtstrahlen“ Borchardts, in dem ersten Heft der Zeitschrift „Internationale“, im „Spartacus“, in der „Arbeiterpolitik“, in der „Suniusbrotschüre“, in den Schriften von Laufenberg und Wolfheim, im legalen und illegalen „Kampf“, im „Sozialdemokrat“, in den verschiedenen Jugendorganen, vornehmlich der „Freien Jugend“, dem „Mitteilungsblatt“ und dem „Stürmer“, in der kleinen Jugendbrotschüre von Aufbaum, sowie in zahlreichen Flugblättern theoretisch und propagandistisch, in der Tätigkeit Liebknechts und Rühles, in der Gründung der „Internationalen Sozialisten Deutschlands“, der Gruppe „Internationale“ und der „Internationalen Kommunisten Deutschlands“, praktisch heror.

Doch das waren im allgemeinen noch Episoden. Der Gegensatz, der sich schon sehr früh bemerkbar machte und sich bis heute ununterbrochen fortsetzte, der den Burgfrieden ganz öffentlich zerbrach und sich sogar verschärfte, je länger der Krieg dauerte, war doch der Konflikt zwischen den Annexionspolitikern und den Verständigungspolitikern. Er wurde in der Presse ausgetragen, drang in die Parlamente ein, tobte sich in Versammlungen aus, führte zur Gründung der „Vaterlandspartei“ und des „Volksbundes“, spiegelte sich im Abgang des Großadmirals v. Tirpitz, in den verschiedenen Kanzlerkrisen, in den Schicksalen der Herren Gröner und Batocki ab. Er durchzieht die Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk, wie die preußische Wahlrechtskampagne; er macht sich im Verhältnis zu den Verbündeten, wie in der allgemeinen Orientierung der deutschen auswärtigen Politik gegenüber den Ententemächten geltend, kurz: er geht durch die gesamte deutsche Politik in allen ihren einzelnen Fragen und Phasen und er wird auch in dem Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat eine Rolle spielen.

Im Angesicht dieser Verhältnisse ist es unmöglich, den Konflikt zwischen den Annexionisten und den Verständigungspolitikern zu übergehen. Wir sind weit davon entfernt, ihn zu überschätzen; dennoch können in

historisch bewegten Zeiten selbst die geringfügigsten Ursachen ungeahnte Wirkungen hervorbringen. Es sind keine Klassengegensätze, die diese beiden Richtungen der deutschen Politik von einander trennen, dennoch kann ihr Zwist Klassengegensätze mobil machen. Es ist in diesem Zusammenhange wohl angebracht, daran zu erinnern, daß die tiefen Klassengegensätze der französischen Revolution sich erst nach und nach aufstauten, während es anfänglich die Kreise der Bourgeoisie, des Adels und der Geistlichkeit waren, die die Bewegung in Gang bringen halfen.

Es sei daran erinnert, daß der Klub Breton durchaus die Interessen der Dynastie vertrat. Und später entwickelte sich aus ihm der Jakobinerklub, dessen Herrschaft dem König den Kopf vor die Füße legte. Es ist immer leicht möglich, daß Kreise, die an der Erhaltung des Bestehenden lebhaft interessiert sind, trotzdem eine gegen die Erhaltung des Bestehenden gerichtete Bewegung in Gang bringen, die ihnen schnell über den Kopf wächst. Diese Aussicht ist umso größer, je mehr die historische Atmosphäre mit Konfliktsstoff durchsetzt ist. Die russische Revolution bietet hierfür das klassische Beispiel aus der neuesten Zeit. Wir wollen nicht sagen, daß sich diese Verhältnisse überall und in der gleichen Weise wiederholen müssen, aber sie können sehr leicht unter diesen Formen eintreten. Fast allen Revolutionen ist der Hader der reaktionären Schichten untereinander vorausgegangen. Er hat den Zündstoff gebildet, der den Brand in die Tiefen der Klassengegensätze leitete, um Klassenkämpfe größten Stiles zu entfesseln.

Es sind derlei Wirkungen mancherlei, die durch die anti-alledeutsche Propaganda hervorgebracht werden. Man spielt inmitten eines vierten Kriegswinters nicht ungestraft mit den Friedensgedanken, wenn die allgemeine Kriegslage nicht die geringste Aussicht auf Frieden bietet. Kurz: man treibt nicht ungestraft liberale Politik, wenn die Mächte der Reaktion die Stunde regieren. Hier liegt der dialektische Angelpunkt des ganzen Konflikts.

Die liberalen bürgerlichen Parteien, die Sozialdemokraten und das Zentrum agitieren für politische Reformen. Erstere, weil sie, wie z. B. in Preußen, durch das junkerliche Dreiklassenregiment selbst in ihren Rechten und in ihrem politischen Einfluß verkürzt werden; Sozialdemokratie und Zentrum aber in erster Linie, weil sie als Massenparteien vor den Arbeitern nicht bestehen können, wenn sie in dieser Zeit ihre Hände in den Schoß legen; sie fürchten also um ihre Anhängerschaft unter den Arbeitern. Nach den riesigen Opfern, die die Arbeitermassen in diesem Kriege in jeder Hinsicht bringen mußten, ist es ganz unmöglich alles beim Alten zu lassen. Die reaktionären Kreise des Junkertums und der Schwerindustrie freilich stemmen sich jeder Reform entgegen. Sie wollen ihren alten Besitzstand an politischer und ökonomischer Macht unverkürzt erhalten; sie fühlen sich stark genug, als Herren der Produktionsmittel und als die eigentlichen Gebieter über die Staatsgewalt, die in eine noch größere und fortan unlösliche Abhängigkeit von ihnen geraten ist, als es schon vor dem Kriege der Fall war: sie fühlen sich als Herren der Welt. Sie geben auf dem Wege friedlichen Kampfes kein Tütelchen von ihren Rechten preis. Sie sind gewohnt nur der Gewalt zu weichen.

Andererseits haben die Kreise der Leichtindustrie, des Handels, des Mittelstandes alles Interesse daran, ihren Anteil an der politischen Macht zu vergrößern, um dadurch das ökonomische Räderwerk ihrem Vorteil gemäß umschalten zu können. Es wirken in diesen Kreisen, denen Schichten der Intelligenz angeschlossen sind, natürlich auch alte liberale Schlagworte von Recht und Freiheit mit. Indem sie nun aber, immer im getreulichen Bunde mit den Sozialdemokraten, die politischen und sozialen Reformen auf ihre Fahnen schreiben, wecken sie in den Massen der Arbeiter allerlei Illusionen. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß fast alle liberalen Blätter, der „Vorwärts“ an ihrer Spitze, aus der internen Aussprache, die der jetzige Reichskanzler vor seinem offiziellen Amtsantritt mit den Fraktionen der Reichstagsmehrheit herbeiführte, eine Weltwende in der deutschen Verfassung sah, obgleich am Wesen dieser Verfassung nicht das geringste geändert war.

Jede neue Illusion aber nimmt den Arbeitern die klare Einsicht in die tatsächlichen Verhältnisse und dirigiert ihren Willen in die Richtung der Bourgeoisieinteressen. So tun die „Verständigungspolitiker“ in Wirklichkeit das Werk der Annexionspolitiker. Die Verständigungspolitiker können keinen grundsätzlichen Bruch mit den Annexionspolitikern herbeiführen. Aber indem sie fortschrittliche Parolen austreuen, indem sie das allgemeine Wahlrecht fordern, vom Selbstbestimmungsrecht reden, sich gegen Annexionen erklären, den Frieden propagieren, treiben sie einerseits die Annexionspolitiker zu einer unverhüllten Proklamation ihrer Eroberungspolitik, zu einer zynischen Offenheit in ihrer Ablehnung jeglicher Reformen. Aber sie veranlassen die konservativen Kräfte auch, ihren ganzen Einfluß bei der Regierung geltend zu machen, und so wird die Regierung gezwungen, sich für oder gegen sie zu entscheiden. Welchen Verlauf diese Dinge bisher in Deutschland nahmen, haben wir schon gezeigt.

Durch all das erkennt nun aber die Arbeiterklasse immer klarer, was hinter den Schlagworten steckt. Sie sieht, welche Wirkung die von den bürgerlichen Parteien geübten Kampfmittel auf die Erringung von Rechten ausüben, sie sieht, daß die Sozialpatrioten wie die Unabhängigen keine andern Kampfmittel anwenden als die Bürgerlichen, und sie begreift die Ausichtslosigkeit dieses Kampfes.

Wir denken nicht daran, den bürgerlichen und pseudo-sozialistischen Verständigungspolitikern einen entscheidenden Kampf gegen die Annexionspolitiker zuzutrauen. Die Verhältnisse liegen heute nicht wie 1789. Die liberale Bourgeoisie von heute ist eine andere, als die aufgeklärte Bourgeoisie des revolutionären Frankreich, und sie kann deshalb nicht dieselbe Rolle spielen. Es ist auch möglich, daß sie dadurch das Tempo der Entwicklung verlangsamt. Die Gegensätze, wie sie sich jetzt innerhalb der Bourgeoisie zeigen, sind keine Klassengegensätze, aber sie können dahin führen, daß der Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat in historischen Fluß gebracht wird. Und darin liegt ihre Bedeutung für die Arbeiterklasse.

(Schluß folgt.)

## Die Haltung des Bürgertums gegenüber den Arbeitern und Bauern in der franz. Revolution.

Von Renate Brandt.

2.

Das Proletariat von Paris hat sich bewaffnet. Nicht mit Hilfe der Bourgeoisie, sondern ihr entgegen. Und entgegen ihrem Willen beginnt es die Belagerung der Bastille. Das Volk hat nur Gewehre und Piken. Von der Festung her aber schießt die Besatzung mit großen Geschützen in die Menge. Unten fallen viele, aber das Volk kämpft weiter. Erst nach 4 Stunden erhält es Unterstützung — die französische Leibgarde mit ihren Kanonen kämpft an seiner Seite.

Was tut der Stadtausschuß in dieser Zeit? — Und was tut die Nationalversammlung? — Der Stadtausschuß ist von ehrenwerten Bürgern gebildet. Er sieht den Kampf, der um die Bastille geht, zu. Das wollten sie nicht — diese Kräfte zu entfesseln war nicht ihre Absicht gewesen. Heute ist es die Bastille, gegen die sich die Wut, die Erbitterung des Volkes richten. Wird es nicht morgen das Haus, das Gehöft des einen und des anderen unter ihnen, ihrer Verwandten, ihrer Freunde sein? Hilflos, ratlos steht der Stadtausschuß den Ereignissen gegenüber. Was ist zu tun? Wird das Volk siegen? Wird es unterliegen? — Unterstützt er das Volk, und dieses wird später besiegt, so droht ihm Gefahr von der Besatzung der Bastille; sendet er dieser Hilfe, und das Volk bleibt dennoch siegreich, so droht ihm von der triumphierenden Masse als Verräter gebrandmarkt und zermalmt zu werden.

So wagt der Stadtausschuß aus Furcht nicht einmal, seine Klasseninteressen entschlossen konsequent wahrzunehmen. Er fühlt sich in diesem Augenblick noch zu unschlüssig. Nur einen leisen Versuch der Verteidigung, der Abwehr gegen das Proletariat wagt er zu unternehmen. Er sendet eine Deputation nach der anderen, um die Beilegung des Kampfes zu erwirken. Die Verzögerungstaktik des Herrn von Flesselles, die Deputationen des Stadtausschusses bleiben erfolglos. Am 14. Juli vermochte das Bürgertum nicht den Sieg des Proletariats zu vereiteln.

Wie verhielt sich die Nationalversammlung während der Belagerung der Bastille und nach ihrer Einnahme? Sie war ein Abbild des Stadtausschusses. Unruhe, Angst, Schrecken lagen über der Versammlung. Die „Volksvertretung“ fürchtete das Volk. Bis zum 14. abends wußten die Abgeordneten in Versailles nichts von den Vorgängen in Paris. Man stellt die verschiedensten Vermutungen auf. Man fürchtet den Anmarsch der Truppen gegen die Hauptstadt. Und wie gewöhnlich greift man zu dem Allheilmittel: eine Deputation an den König. Man empfiehlt es seiner Gnade, die Truppen zurückzuziehen. Am Abend des 14. erhält die Versammlung Nachricht von dem Zustand in Paris, von der eigenmächtigen Bewaffnung des Volkes im Invalidenhaus, von dem Kampf um die Bastille. — Die einzige praktische Wirkung dieser Nachrichten ist die Einrichtung eines halbständigen Kurierdienstes zwischen Paris und Versailles. Aber alle bleiben auf ihren Plätzen. Die Volksvertretung

wartet, was das Volk und was die Gnade des Königs ihr bescheren!

Als sie erfährt, daß die Besatzung der Bastille ihre großen Geschütze auf die Menge gerichtet habe, entsendet sie eine neue Deputation an den König. Er soll sich des Volkes erbarmen. Das Volk kämpft — sein Blut fließt in der Hauptstadt. Die Nationalversammlung winselt demütig vor dem König. Schließlich dringt noch spät Nachts auch die Nachricht von der Einnahme der Bastille, dem Tod ihres Kommandanten und Flesselles nach Versailles. Man schlägt eine dritte Deputation an den König vor, aber da hatte die Versammlung ernste Bedenken. Man will die königliche Nachtruhe nicht stören. Das Volk kämpft, die Versammlung wartet, der König schläft. Erst am Morgen des 15. geht die dritte Deputation ab. Sie soll dem König von dem Unheil überzeugen, das eine weitere Weigerung, die Truppen zurückzuziehen, zur Folge haben könnte. Aber der König ist gnädig. Er ist im Begriff sich in die Versammlung der Volksvertreter zu begeben. Und schon diese bloße Nachricht versetzt diese würdigen Herren in „freudiges Entzücken“, wie Mignet sagt.

Und der König kommt. Seine Truppen richten die schweren Geschütze auf das Volk, er aber sagt, er sei eins mit der Nation — im Vertrauen auf die Liebe und Treue seiner Untertanen habe er den Truppen den Befehl erteilt, sich von Paris und Versailles zu entfernen. Ueber diese Worte vergißt die Versammlung ihre Entzückung vom vorhergehenden Tage — vergißt sie das Blut des Volkes, dem an ihm geübten Verrat. — Mit begeistertem Beifall erheben sich die Volksvertreter und geleiten ihren gnädigen König zu seinem Salon zurück. So unterstützte die Nationalversammlung das Proletariat von Paris in seinem Kampf um die Freiheit.

An dieses Bild reihen sich gleichwertig zahllose andere. Wo immer das Volk sich aus eigener Kraft regt und handelt, da bietet in jenen Revolutionsjahren die Bourgeoisie ihre ganze Kraft auf, um diese Versuche zu unterdrücken.

Tagtäglich versammeln sich in Cafés des Palais Royal große Mengen von Arbeitern; dort reden die Führer des Volkes über die politischen Fragen und Aufgaben, die jeder neue Tag mit sich brachte; von dort geht eine starke Initiative zu allen Aktionen aus, die von dem Trieb und Willen des französischen Proletariats getragen waren. Mit der ihr für ihre Klassenlage eigenen feinen Nase wittert die Bourgeoisie den Feind in jenen Versammlungen des Palais Royal und tut alles, um sie zu unterdrücken, zu zersplittern oder selbst auch mit Gewalt auseinander zu treiben. — Zur Zeit der Verhandlungen über das Veto wuchs einerseits die Erregung der Massen, die sich im Palais Royal ansammelten, andererseits die Erbitterung des Bürgertums gegen diese Versammlungen.

Ein Dokument für die Stimmung im Palais Royal ist ein von dort hervorgegangener Drohbrief an den Adelsabgeordneten Clermont-Tonnerre. Er ist ein Dokument auch für das starke Bewußtsein eigener Rechte in den Massen und der Pflichten der von ihnen in die Versammlung gewählten Vertreter. Der Brief lautet folgendermaßen: „Die patriotische Versammlung des Palais Royal hat die Ehre, Ihnen zu melden, daß, wenn die

aristokratische Partei, welche von einem Teil der Geistlichkeit und des Adels, wie etwa 120 Mitgliedern der Gemeinden, die entweder unwissend oder bestochen sind, gebildet wird, fortfährt die Harmonie zu stören, und ferner die absolute Sanktion des Königs verlangt, so sind 15000 Menschen bereit, ihre Schlösser und Ihre Häuser zu erleuchten und die Ihrigen vor allem, mein Herr!“

Der Gegensatz zwischen der Volksvertretung und dem Volk war nicht mehr zu verkennen. Das Bürgertum begann sein Mißtrauen gegen das Proletariat offen zur Schau zu tragen. Der Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Arbeiterschaft klappte und es begannen schon damals alle Gegensätze innerhalb des Bürgertums hinter diesem zurückzutreten. Bürgermiliz überwachete und umschwärmte das Palais Royal. Aber das Volk ließ sich nicht einschüchtern. Es entsandte eine Deputation an die Kommune, die verlangte, man solle den Deputierten umgehend befehlen, ausschließlich nach dem Willen ihrer Wähler zu stimmen. Die französischen Arbeiter von 1789 wollten sich ihrer selbstverständlichen Rechte nicht berauben lassen. Die Kommune antwortete mit Maßregeln, die Zusammenrottungen auf der Straße verhindern sollten und immer strengeren Maßnahmen zur gänzlichen Entfernung proletarischer Elemente aus der Bürgermiliz. Und diese ganze Tätigkeit der Kommune erreicht ihren Gipfel in einer von ihr am 1. September erlassenen Verordnung, die unmittelbar an die Versammlungen im Palais Royal anknüpft und ganz offenbar wesentlich gegen diese gerichtet ist. Es geht aus diesem Erlaß zugleich auch die Bedeutung dieser „Zusammenrottungen“ hervor.

Nach dem einleitenden Satz der Verordnung, daß „die Versammlung der Vertreter der Kommune tief enttäuscht ist über das, was in diesen Tagen im Palais Royal vorgegangen ist“, spricht sie ihr tiefes Bedauern darüber aus, daß die Arbeiter nicht lieber die Distriktsversammlungen besuchen, statt ins Palais Royal zu gehen und beteuern ihren Patriotismus und ihre königstreue Gesinnung, um dann fortzufahren: „Können die Vertreter der Kommune von Paris den Vertretern der Nation die zu ihren Verhandlungen nötige Ruhe nicht gewährleisten?“ um dann endlich auf den Kern der Sache zu kommen: „Die Versammlung der Vertreter der Kommune erklärt, daß sie unabänderlich bei ihren Beschlüssen gegen die Zusammenrottungen und Unruhen des Palais Royal verharret; daß nichts mehr sie bewegen wird, die Maßnahmen zur Unterdrückung der Maßnahmen zurückzunehmen; sie beauftragt daher den Oberbefehlshaber der Nationalgarde, die ganze ihm zu Gebote stehende bewaffnete Macht der Kommune gegen die Störer der öffentlichen Ruhe zu entwickeln, sie verhaften zu lassen und an die Gefängnisse zu liefern, damit gegen sie, je nach der Natur des Verbrechens, der Prozeß eingeleitet werde.“

In diesem Erlaß kommt der Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat zum schärfsten Ausdruck. Die Volksvertreter gegen die Wähler, die Bürgermiliz gegen das Volk von Paris! — Die Durchführung dieser Bestimmung war eine Machtfrage. Kann sie nicht in vollem Umfange zu ihrer Ausführung, so lag es an einer Schwäche der Bourgeoisie. Doch führte die Erregung, die die Truppenbewegungen Ende September in die Masse

tragen, zu einem „Feldzug gegen das Palais Royal“, wie es Lafayette, der Führer der Nationalgarde, scherzend nannte, der den konterrevolutionären Charakter der Bourgeoisie restlos offenbarte.

J. W. Fintheisen, in seinem ausführlichen Werk über den Jakobinerklub, schildert diesen Vorgang folgendermaßen: „Am 27. September morgens, zu einer Zeit, wo noch nicht einmal viele Menschen dort versammelt waren, drangen plötzlich unter dem Befehl des Herzogs vonumont von allen Seiten Patrouillen der Nationalgarde in das Palais Royal ein und gehen ohne weiteres auf die noch ziemlich ruhigen Gruppen los. Das Volk erhebt ein gewaltiges Geschrei, man wird handgemein; im Gewühl wird ein vielleicht ganz friedfertiger Mensch verhaftet. Da stürzt der wilde Haufe auf die Patrouillen los, befreit den Gefangenen und jagt die Nationalgarde zum Tempel hinaus.“

Der Ton dieser Schilderung läßt wohl keinen Zweifel über die Parteinahme des Autors bestehen, der nicht die, das waffenlose Volk grundlos angreifenden Truppen, sondern eben dieses Volk als wilde Herde bezeichnet. Dennoch kann man sich selbst aus diesem Bericht ein ungefähres Bild von dem Verhalten des Bürgertums gegenüber dem Proletariat machen.

Das hier Dargestellte ist nichts als eine Anzahl Stichproben aus der langen Kette von Ereignissen, die eines nach dem anderen, den konterrevolutionären, arbeitseindlichen Charakter der Bourgeoisie enthüllen; es ging auf dem Lande nicht anders als in der Hauptstadt und in den Provinzialstädten zu. Noch ehe die Vertreter der Kommune jene Verordnung vom 1. September erließen, beschloß die Nationalversammlung eine drakonische Maßregel gegen die ausländischen Bauern. Zur Illustration dieser Maßregel genügt es, eine Stelle aus Peter Krauths Buch über die Französische Revolution wiederzugeben: „Unter dem Vorgeben, der Aufstand sei das Werk von Räubern, autorisierte sie die Stadtverwaltungen Truppen zu requirieren, alle Menschen ohne Beruf und Domicil zu entwaffnen und sie summarisch zu verurteilen.“

Das Bürgertum des Dauphine machte in weitem Umfange Gebrauch von diesen Rechten. Als eine Schar ausländischer Bauern von Burgund herabkam und die Schlösser niederbrannte, verbanden sich die Bürger der Städte und Dörfer gegen sie. Eine dieser Banden wurde am 27. Juli geschlagen, und es gab 20 Tote und 60 Verwundete. In Cluny gab es 100 Tote und 160 Gefangene. Die Stadtverwaltung von Macon lieferte den Bauern, die sich weigerten, den Zehnten zu zahlen, regelrechten Krieg und hing 20 von ihnen an den Galgen.

### Aus unserm politischen Tagebuch.

18. Februar.  
Frauenwahlrecht in Kanada. Einem hiesigen Blatt zufolge erfährt die „Times“ aus Ottawa: Die Regierung beschloß das Frauenwahlrecht für ganz Kanada einzuführen. Ein Gesetzentwurf darüber wird wahrscheinlich noch während dieser Session dem Parlament vorgelegt werden. Aus Berlin wird dagegen gemeldet, daß das gleiche Wahlrecht für Preußen im Hauptauschluß abgelehnt wurde.

20. Februar.  
Wie „toll“ es jetzt in Rußland zugeht, kann man aus folgender Meldung entnehmen, die das Volkliche Bureau aus Petersburg unter der Ueberschrift: Offiziere als Zeitungverkäufer bringt. „In Moskau befinden sich zur Zeit 5000 arbeitslose Offiziere, die zum Teil als Transportarbeiter, Portiers und Zeitungverkäufer Beschäftigung finden.“

## Feuilleton

### Shakespeares Antonius und Kleopatra.

Eine Alltagstragödie von Renate Brandt.

Fern von ihr, angeblickt von Verhältnissen, für die er die Hauptverantwortung trägt, weiß er: ein vergiftet Dasein war es Ägypten, das ihm sein Selbstbewußtsein raubte. Fulvia bekriegte Cäsar, um ihn aus Ägypten zu treiben; so trägt er die Schuld an einem Kriege, der die Kräfte seines Verbündeten schwächte — der ihren beiden Interessen zuwider lief, der Pompejus groß und stark werden ließ.

Gewissermaßen um diese Schuld zu sühnen, um das fernere Zerplittern der Kräfte unmöglich zu machen, willigt Antonius ein, Octavia, die Schwester des Cäsar, zu heiraten, und so sich unfähig zu verbinden. — Diese Illusion allein, die Antonius zur Heirat mit Octavia bestimmt; entscheidend wirkt wohl vor allem auch der einfache Umstand, daß er in der Stunde der Versöhnung die Heirat, zu der Cäsar seine Einwilligung gab, nicht ablehnen kann, ohne diesen tödlich zu kränken; die Einsicht, daß er das in dieser Stunde, die sein und Cäsars Zusammengehen unbedingt fordert, unter keinen Umständen tun darf. So ist Antonius Heirat mit Octavia ein rein politischer Akt und muß infolgedessen ohne jeden entscheidenden Einfluß auf sein Verhältnis zu Kleopatra bleiben.

Diese Heirat konnte ihn nur so lange von Kleopatra fernhalten, als er den Zorn des Cäsar, der über die Ehre seiner Schwester wacht, fürchten muß. Cäsars nicht mehr bedürftig, konnte Octavia ihn nie von Kleopatra trennen, sowie sie ihm auch niemals in der Ausübung seiner Pflichten als Feldherr oder Politiker hindern konnte. Ihr gegenüber vermag er ohne weiteres auszusprechen und durchzuführen, was vor Kleopatra ihm so schwer wurde: „Die Welt, mein großes Amt, wird je zuweilen von deiner Brust mich trennen.“ Und er weiß, ohne Schmerz wird er diese Trennung ertragen. Diese Heirat, das ist ihm klar bewußt, sollte ihm die Wege im Kampf um die politische Macht ebnen.

Ihrer ungeachtet zieht es ihm mit unveränderter Kraft von neuem zu der einzig Geliebten. Er kann diesem Drang nicht widerstehen: „nach Ägypten! Und schloß ich diese Heirat nur zum Frieden, im Ost wohnt meine Lust“.

Der neu ausbrechende Konflikt zwischen Antonius und Cäsar ist diesem ein willkommenes Vorwand, um Octavia zu ihrem Bruder zu beurlauben, da sie ihn und den Gatten versöhnen will, selbst aber nach Athen zu gehen und von dort zu Kleopatra zurückzukehren. So ist der schöne, noch jüngst so künstlich erschaffene Bau in Trümmern: Octavia verlassen und verraten, Antonius und Cäsar in heftiger Feindschaft — und schließlich, Antonius wieder in Ägypten.

Es ist die Frage, wie weit die rein politischen Vorgänge entscheidend auf Antonius Haß wirkten, wie weit seine Gefühle, seine Sehnsucht ihn die objektiven Verhältnisse mit den Augen seiner Wünsche betrachten ließen, wie weit er in den Verhältnissen vor sich selbst Vorwand und Rechtfertigung suchte, nach Ägypten zurückkehren zu können.

Offenbar hat eine starke Wechselwirkung zwischen beiden Momenten stattgefunden, mindestens haben die Wünsche des Antonius seine Reizbarkeit Cäsar gegenüber stark gesteigert, denn wir können aus den objektiven Verhältnissen allein, soweit Shakespeare sie darstellt, durchaus keinen zwingenden Grund zu neuem Kriege zwischen Antonius und Cäsar finden.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen

# Arbeiterpolitik

3. Jahrg. **Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.**

Nr. 9

Erscheint wöchentlich einmal.  
Redaktion u. Expedition:  
:: Amunderstraße Nr. 23. ::

Bremen, den 2. März 1918

Einzel-Nummer 20 Pfg. Durch  
die Post bez.: monatlich 84 Pfg.,  
vierteljährlich 2.50 M. o. Bestellschein

### Inhalt:

Die Rolle der Sozialdemokraten	Seite 53
Die Feinde rings um Rußland	54
Gegenläge. Von St. Woreg. (Schluß)	55
Vorstandsherrschaft in den Gewerkschaften	56
Aus unserm politischen Tagebuch	57
Feuilleton:	
Shakespeares Antonius und Kleopatra. Eine Alltags- tragödie. Von Renate Brandt. (Schluß)	57
In der Fabrik. Von Falke	58

### Die Rolle der Sozialdemokraten.

Wir meinen das Wort im historischen Sinne. Also nicht, was ist die Rolle, die wirkliche Kämpfer für die Freiheit des Proletariats zu spielen haben, sondern welche Rolle spielen diejenigen, die bisher den Kern und die Spitze der sozialdemokratischen Partei bildeten?

Es ist als bekannt vorauszusetzen, daß wir hier vor einer Frage stehen, die sogar als Problem betrachtet werden kann. Vor dem Krieg, während mehrerer Jahrzehnte lag die Sache der allgemeinen sozialistischen Anschauung noch so: überall stehen die Arbeiter bereits in Massen hinter der Partei und in den mit ihr verbündeten Gewerkschaften. Diese Partei wird, im stetigen Klassenkampfe aufwärts schreitend, einmal die politische Herrschaft erobern (mit mehr oder weniger Unordnung, darüber dachten Radikale und Revisionisten verschieden) und dann wird die sozialistische Regierung die neue sozialistische Ordnung durch geeignete Maßnahmen verwirklichen.

Nun hat der Weltkrieg, namentlich die Haltung der Sozialdemokratie, durch diese ganze Erwartung einen Strich gemacht; der Klassenkampf wurde eingestellt. Aber die kapitalistische Entwicklung und der sozialistische Zielpunkt dieser Entwicklung bleiben dennoch bestehen. Welches Organ wird nun weiterhin diese Entwicklung tragen? Die Massen, die proletarischen Massen selbstverständlich — wie früher auch. Aber welche Rolle wird die ehemalige Sozialdemokratie spielen, der Ueberrest der Partei, ihre Presse, ihre Fraktion, ihr Programm, ihre Ideologie? Einige denken in tieferer Einsicht, nach dem Kriege, wenn der Burgfrieden nicht mehr nötig ist, wird alles wieder werden wie vorher; dann werden Scheidemann und Haase und Liebknecht wieder einmütig Reden halten für die „Millionenpartei“, und wird der Krieg wie nur eine Episode vorbeigegangen sein. Sie sehen nicht, daß die ganze Welt aus den Fugen gegangen ist, daß gleichsam ein allverheerendes Erdbeben die Grundlagen der Gesell-

schaft umgewälzt hat, daß wir in drei Jahren reifer und älter geworden sind als sonst in dreißig.

Die alte Zeit ist vorüber. Eine Gesellschaft wie vor dem Krieg, mit dem heftig aufbrausenden, aber noch Frieden haltenden Kapitalismus, mit der Millionenpartei, die die proletarischen Massen für den politischen Kampf organisierte, aber diesen Kampf zugleich stets mehr — trotz der marxistischen Ideologie — auf Reformen und Mandate und Kulissenmacht zuspitzte, kommt nicht wieder. Weshalb, braucht hier nicht auseinandergesetzt zu werden. Eine Krise des Kapitalismus, eine Weltkrise naht heran, in der die gegenwärtigen Kämpfe noch schroffer werden müssen, da die Gegenläge schroffer, die Nöten unerträglicher, der Geist der Gewalttätigkeit heftiger werden als je zuvor. Eine Zeit innerer Kämpfe bricht herein, die schon ihren Einfluß auf den Weltkrieg ausüben.

Und wieder ist die Frage: welche Rolle wird die ehemalige Sozialdemokratie spielen? Ein erstes Beispiel bildet Rußland. Rußland war insoweit eine Ausnahme, weil hier ein großer Teil der Sozialdemokratie unter Führung Lenins von vornherein auf dem Standpunkt stand, der in Deutschland der linksradikale hieß, während die Sozialpatrioten im Parlament mit der Bauernpartei eine scharfe Opposition gegen die Regierung führten. Nur diese letzte mit den Sozial-Revolutionären und den internationalen Menschewiks (Martoff, Axelrod) sind mit der abhängigen und unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands und Westeuropas zu vergleichen. Und was war ihre Rolle nach der Märzrevolution? Sie suchten die Arbeiter für eine Koalition mit der Bourgeoisie zu gewinnen, sie suchten die Arbeiter von einer selbständigen Klassenaktion zurückzuhalten; sie suchten durch schöne Reden ihre gerechte Empörung gegen die bürgerliche Kerenskieregierung zu beschwichtigen. Sogar nach der Novemberrevolution konspirierten sie mit der Reaktion um die Sowjets zu stürzen. Ihre ganze Haltung war also in Rußland regelrecht konterrevolutionär.

Das zweite Beispiel bietet die Bewegung in Wien. Aus dem, was die Zeitungen brachten, läßt sich die Rolle, die die Sozialdemokratie spielte, ziemlich gut verstehen. Die Ausführe der Arbeiter brachen spontan aus, ohne Einwirkung der Partei. Es ist aber nur allzukur, daß die Partei die Führung in die Hände nahm und auch nehmen konnte, wollte sie ihren Einfluß auf die Massen nicht verlieren, und sie wußte, daß außer ihr keine geschulten Kräfte vorhanden waren, die ihr die Führung strittig machen konnten. Aber doch gingen die Massen